

INHALT

VOR DER SOMMERPAUSE

Schröder erntet Spott

„Ich warte auf die Überschrift *Danke, Kanzler.*“ Schröder hatte offenbar keinerlei Zweifel daran, wie die Öffentlichkeit seine „Bilanz“ kurz vor den Parlamentsferien bewerten würde. Er hat sich nicht getäuscht:

■ *Danke für die reinigende Wirkung eines Konjunkturerinbruchs!* ■ *Danke für das*

Steuerreformchen in unschädlichen Dosen! ■ *Danke für die Fusion von Tankstelle und Finanzamt durch Ökosteuer!* ■ *Danke dafür, dass Sie die PDS hinter deren Mauern hervorholen!*

So steht es in der Welt. Andere Zeitungen reagieren ähnlich spöttisch. Was Angela Merkel und Friedrich Merz sagen: Seite 3-4.

BUNDESWEHRETAT:

Einstieg in finanzielle
Kehrtwende nötig

SEITE 9

FAMILIENFÖRDERUNG:

Neue Regelungen nützen
in erster Linie Familien
mit höherem Einkommen

SEITE 10

ZUWANDERUNGSPOLITIK

Stellungnahme zum Bericht
der Regierungskommission

DOKUMENTATION

Bundesrat hat Trittins Dosenideologie gekippt

■ Die Schröder-Bilanz: Rot ist der Abschwung (Seite 5 – 7) ■ Vom Plenarsaal in die Kaserne: Angelika Volquartz besucht eine Wehrübung der Marine (Seite 8) ■ Volker Rühle zum Mazedonien-Einsatz: Beim Bundeswehretat ist der Einstieg in die finanzielle Kehrtwende nötig (Seite 9) ■ Dietrich Austermann: Der Bund steht vor einem Haushaltsdefizit in Milliardenhöhe (Seite 11) ■ Die CDU ist Hannelore Kohl zu großem Dank verpflichtet (Seite 12) ■ Der 5. August soll Gedenktag für die Opfer der Vertreibung werden. Gedankenaustausch zwischen CDU und Bund der Vertriebenen (Seite 14) ■ Wahlkampf in Berlin: CDU sieht PDS-Programm als Grundsteinlegung für Rot-Rot (Seite 15) ■ „Goldener Fritz“: Schüler wählen Angela Merkel zu ihrer Lieblingspolitikerin (Seite 16) ■ Bernhard Vogel: Werden Sie Mitglied im Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung! (Seite 18)

Zur Entscheidung des Bundesrates zum Zwangspfand erklärten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Klaus Lippold, der Umweltsprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Paziorek, und der Berichterstatter im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages, Werner Wittlich:

Wir begrüßen diese mehrheitliche Entscheidung der Bundesländer und fordern Trittins nun auf, sich dem Ländervotum zu beugen.

Die Entscheidung als Chance nutzen

Der Bundesumweltminister muss von seiner Aussage Abstand nehmen, das Sanktionsinstrument Zwangspfand der alten Verpackungsverordnung zum 1. Januar 2002 dennoch in Kraft treten zu lassen. Die Ent-

scheidung des Bundesrates muss als Chance genutzt werden, um einen neuen Weg in der Abfallwirtschaft und der Verpackungsverordnung zu beschreiben.

Es bleibt dabei: Abfallvermeidung

Übergeordnetes Ziel: Der Schutz der Mehrwegsysteme und die Vermeidung von Abfall. Neue Technologien und geändertes Verbraucherverhalten auf dem Verpackungsmarkt verlangen nach zeitnahen und modernen Mitteln zur Bewältigung dieses Problems.

Zukunftsfähigkeit verträgt keine Vollstreckermentalität! Demnach ist es dringend geboten, nach Instrumenten zu suchen, die effizienter sind als das in der Verpackungsverordnung vorgeschlagene Pfand.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Merkel: Markigen Worten folgen **keine Taten**

Merz: Rot-Grün **fehlt der Wille** zur Reform

„Der Aufschwung des Jahres 1998 hat sich in diesem Jahr zu einem Abschwung verwandelt. Deutschland ist längst nicht mehr Motor in Europa. Schuld daran ist nicht die Weltkonjunktur, sind nicht andere. Schuld ist die falsche Politik der Bundesregierung. Der Bundeskanzler ist zum Bremser der wirtschaftlichen Entwicklung geworden.“

Gemeinsam mit Friedrich Merz hat die Parteivorsitzende vor der Pressekonferenz in Berlin „Bilanz und Ausblick“ des Bundeskanzlers zerpfückt und die Gründe genannt, warum heute schon feststeht: Rot-Grün wird das Klassenziel nicht erreichen und im Wahljahr mit leeren Händen vor die Wählerinnen und Wähler treten.

■ Keine Chancen für die Arbeitslosen ■ mittelstandsfeindliche Steuersätze ■ Rentenreform ohne langfristige Perspektive ■ Tatenlosigkeit bei der Gesundheitsreform ■ Aufbau Ost erfolglos: Zu Selbstzufriedenheit hat Schröder wirklich keinen Anlass.

Angela Merkel: „Seinen markigen Worten sind keine Taten gefolgt.“ Deshalb wohl auch sein ständiger Versuch, die Gruppen unserer Gesellschaft gegen einander aufzubringen: ■ Beschäftigte gegen Arbeitslose ■ Kapitalgesellschaften gegen mittelständische Personengesellschaften ■ Verbraucher gegen Bauern ■ und – ein völlig irrsinnig konstruierter Konflikt“ – Ökobauern gegen herkömmlich wirtschaftende. ■ In der Ethikdebatte schließlich nicht einmal der Versuch, ethische Grundsätze mit den Notwendigkeiten der Forschung zusammenzubringen.

Nur ein Interesse leitet ihn: Machterhalt. Mit Schröders Bündnisstrategie in Richtung PDS ist eins wieder deutlich geworden: Die SPD ist eine Linkspartei. Und es gibt nur eine Mitte: CDU.

Die Alternative

Drei Grundsätze kennzeichnen nach den Worten der Parteivorsitzenden die Oppositionsarbeit:



ERSTENS: „Opposition ist Wächter. Wir stoßen die Debatten an, die der Kanzler lieber totgeschwiegen hätte, und lassen uns von ihm auch künftig nicht den Mund verbieten, wenn es um die wichtige Themen unseres Landes geht.“

ZWEITENS: „Opposition ist mehr als Nein-Sagen und nicht machtlos. Wir machen konkrete Vorschläge.“ Zum Beispiel: zum Familiengeld, zu Wachstum und Beschäftigung, zur Zuwanderung. Und: „Wir setzen auf Chancen, die in Veränderungen stecken.“ Anders als der Bundeskanzler, der auch auf seiner „Bilanz“-Pressekonferenz wieder den Versuch gemacht hat, Stillstand als Sicherheit auszugeben, und deshalb den Stillstand zum Prinzip seiner Politik macht.

DRITTENS: „Die Opposition heute ist die Regierung von morgen. Unser Land braucht eine moderne Poli-

tik der Mitte, braucht einen Regierungswechsel.“ Angela Merkel erinnert an hervorragende Wahlergebnisse der CDU in Hessen und Baden-Württemberg, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern: „Wir haben immer gesagt, dass wir uns über die Kommunen und Länder hin zum Bund erneuern werden. Die Wählerinnen und Wähler bestätigen uns. Und was ich für ganz wichtig halte: Seit Mitte des Jahres 2000 haben wir für die Union die Wirtschaftskompetenz wieder zurückgewonnen – ein sehr guter Ausgangspunkt für die vor uns liegenden Wahlkämpfe in Hamburg, Berlin und bei den Bundestagswahlen im nächsten Jahr. Wir haben alle Chancen. Die Union kann siegen. Wir können Schröder schlagen.“

MIT GEFÄLLIGEN
SPRÜCHEN IST ES
NICHT GETAN

Die Besorgnis erregende Höhe der Sozialversicherungsbeiträge hat Friedrich Merz in seiner Kritik an der Politik des Kanzlers hervorgehoben: „Hier Reformen verweigern, muss einen überproportional hohen Schub an zusätzlichen Beiträgen auslösen.“

Nach der Wahl hatte Rot-Grün etwas anders versprochen und sogar förmlich vereinbart, die Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent abzusenken.

Um einen einzigen Prozentpunkt höhere Beiträge bei der gesetzlichen Krankenversicherung bedeuten eine Verteuerung um etwa 19 Milliarden Mark. Allein diese Zahl macht deutlich, was das Verschleppen der dringend nötigen Gesundheitsreform bedeutet.

■ **Thema Zuwanderung:** Auffällig an der Pressekonferenz des Kanzlers: kein Wort zu Integration. Wenn es allerdings zu einem Übereinkommen unter den Fraktionen des Bundestags kommen soll – Merz: „und ich bin sehr dafür“ -, dann gehören drei Punkte zusammen: Beschleunigung der Asylverfahren und konsequente Abschiebung nicht anerkannter Asylbewerber; Verbesserung der Bedingungen für Spitzenkräfte in Wirtschaft und Wissenschaft. Merz: „Deutschland steht im Wettbewerb um die besten Köpfe der Welt.“ Und: Integrationsbereitschaft derer, die zu uns kommen, das heißt: „die Bereitschaft, sich in die Gewohnheiten unserer Gesellschaft hineinzufinden – weit über Gesetzes- und

Verfassungstreue hinaus.“

■ **Thema Innere Sicherheit:** Über Sexualstraftäter hat der Kanzler erst vor wenigen Tagen sehr drastische Worte gefunden. Wenn es ihm damit ernst ist, wird er sehr bald Gelegenheit haben, Farbe zu bekennen: bei der Sicherheitsverwahrung und beim genetischen Fingerabdruck. Aus einer Anhörung hat sich die CDU/CSU davon überzeugen können, dass ein sehr hoher Anteil verurteilter Sexualstraftäter bereits mehrfach vorbestraft ist und eine Datei mit den genetischen Merkmalen der Täter zu wirksamer Prävention beitragen würde.

■ **Thema Mazedonien:** Gerade wenn es darum geht, deutsche Soldaten zu einem erneuten Kampfeinsatz in ein Land außerhalb der NATO zu entsenden, wünscht die CDU/CSU, dass die Gemeinsamkeit in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufrecht erhalten bleibt: „Unsere Zustimmung im Fall Mazedoniens wird es allerdings nur dann geben, wenn die Bundesregierung wenigstens zu einem Einstieg in die Trendumkehr bei der Ausstattung der Bundeswehr bereit ist und ihrer Verantwortung für unsere Soldaten gerecht wird.“ **UD**

DIE SCHRÖDER-BILANZ

Rot ist der Abschwung

Konjunktur: „Der deutschen Wirtschaft droht der Stillstand“

Süddeutsche Zeitung, 11. Juli

- „Er hat sich den Aufschwung zueigen gemacht. Dann muss er sich auch den Abschwung zurechnen lassen.“ (BDI-Präsident Michael Rogowski, dpa, 11. Juli)
- „Die Konjunktur hat sich rapide abgeschwächt, von Reformeifer kann kaum mehr die Rede sein. Was bleibt, ist die zur Meister-

mehr zu begehnen.“ (Neue Zürcher Zeitung, 30. Juni)

■ „Der Weg zur Stagnation ist nicht mehr weit.“ (DIW-Konjunkturexperte Horn, Süddeutsche Zeitung, 11. Juli)

■ „Wirtschaft so pessimistisch wie noch nie. Die Standortbedingungen in Deutschland verschlechtern sich. Die Gefahr einer Rezession steigt.“ (Handelsblatt, 29. Juni)

■ „Die insbesondere für mittelständische Unternehmer enttäuschende Politik der Bundesregierung ist

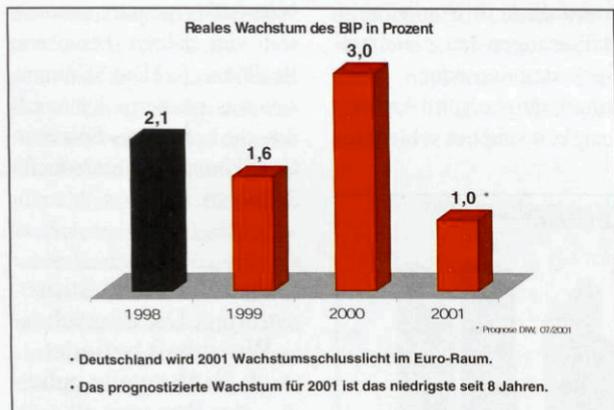
grüne Koalition vergälte den Unternehmen die Lust auf Investitionen und Neueinstellungen.“ (Süddeutsche Zeitung, 26. Juni)

Arbeitsmarkt: „Jobs: Schröders Angst“

Rheinische Post, 9. Mai

■ „Offenbarungseid vor der Sommerpause: Erstmals lässt Bundeskanzler Schröder selbst Zweifel daran erkennen, die Arbeitslosenzahl im nächsten Jahr auf unter 3,5 Millionen drücken zu können. Im Vergleich zu seiner vollmundigen ersten Regierungserklärung, sich jederzeit daran messen lassen zu wollen, ‚in welchem Maße wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen‘, kam das Eingeständnis möglichen Scheiterns jetzt eher kleinlaut daher.“ (Handelsblatt, 9. Juli)

■ „Während des Aufschwungs hätte Rot-Grün die Gunst der Stunde nutzen und mehr Reformen zur Stabilisierung des Wachstums auf den Weg bringen können. Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt wäre das nötig: Dennetwas ist faul, wenn die Wirt-



schaft getriebene Politik der Beliebigkeit, hinter der immer mehr das angstvolle Bestreben sichtbar wird, um Gottes willen keinen Fehler

nach Einschätzung von DIHT-Präsident Ludwig Georg Braun eine ganz wichtige Ursache des Wirtschaftsabschwungs. Die rot-

schaft erst um drei Prozent wachsen muss, bevor die Arbeitslosigkeit zurückgeht.“ (*Tagesspiegel*, 11. April)

■ „Jetzt rächt sich für den Kanzler, dass er bei seinen Zielen für den Arbeitsmarkt nur auf die gute Konjunktur und den Effekt der demografischen Entwicklung setzte. Rund die Hälfte des Rückgangs der Arbeitslosigkeit ist bislang die Folge davon, dass mehr ältere Beschäftigte in Rente gehen als Schüler ins Berufsleben. Wesentliche Reformen des Arbeitsmarktes wurden dagegen immer wieder verdrängt.“ (*Die Woche*, 12. April)

■ „Schröder hat in zentralen Feldern das Gegenteil dessen getan, was für Wirtschaft und Arbeit notwendig ist: Betriebsverfassung, Teilzeitanpruch, Einschränkung der befristeten Jobs – damit hat die Regierung den ohnehin

schon überregulierten Arbeitsmarkt weiter zubetoniert.“ (*BDA-Präsident Dieter Hundt, Kölner Express*, 10. Juli)

■

Inflation: „Wir alle werden in diesem Jahr weniger Geld auf dem Konto haben – und in der Tasche“

Bild, 13. Juni

■ „Wichtige Kennzahlen gehen seit Wochen nur noch die Richtung nach unten. Bis auf eine – die Teuerungsrate geht nach oben und darf nun wieder als Inflation bezeichnet werden. Die Regierung muss höllisch aufpassen, dass sie nicht in die Stagnationsfalle läuft. Starke Preissteigerungen bei gleichzeitig stagnierender Wirtschaftstätigkeit und Arbeitslosigkeit sind ein schlechtes

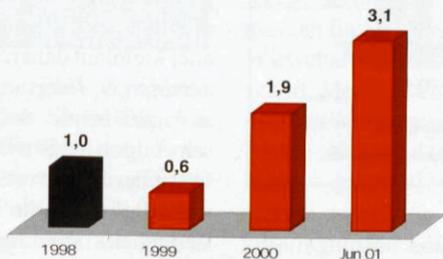
Gebräu.“ (*Westdeutsche Zeitung*, 24. Mai)

■ „Dass Amerika und Asien als Konjunkturlokomotiven ausfallen, ist Pech. Unter anderem am Anstieg von Benzinpreisen und Inflation ist die rot-grüne Koalition via Ökosteuer beteiligt. Und genau davon geht zur Zeit die besondere Gefahr aus.“ (*Hamburger Abendblatt*, 18. Juni)

■ „Zu dieser Inflation tragen nicht nur Ölverteuerung und im Gefolge der BSE-Krise steigende Lebensmittelkosten bei, sondern die Ökosteuer und womöglich demnächst auch ein Dosenpfand.“ (*Die Rheinpfalz*, 22. Juni)

■ „Am Donnerstag war es der absolute Stillstand auf dem Arbeitsmarkt, gestern erstmals seit vier Jahren gesunkene Reallöhne. [...] Das Schlimmste, was passieren kann, ist, dass die Lohn-Preis-Spirale in Gang kommt.“ (*Westdeutsche Zeitung*, 6. Juli)

Prozentuale Steigerung der Verbraucherpreise



• Die Inflationsrate ist so hoch wie seit 1993 - damals bedingt durch die deutsche Einheit - nicht mehr.

• Die Reallöhne sind im ersten Quartal 2001 zum ersten Mal seit 1997 wieder gesunken. (Statistisches Bundesamt)

■

Wirtschaftliche Stimmung: „Die deutsche Wirtschaft befindet sich mittlerweile nahe der Rezession“

vwd, 25. Mai

■ „Fast die Hälfte der Top-Manager sieht die Gefahr einer Rezession.“ (*Handelsblatt*, 29. Juni)

■ „Jetzt schlägt selbst das eher regierungsnah Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin Alarm. Die Konjunktur rutscht mit Karacho in die Tiefe. Nur noch 1% Wachstum in diesem Jahr ist schon schlimm genug. Noch schlimmer ist aber die Begründung der Wirtschaftsexperten: Eben nicht mal nur so eine kleine Konjunktur-Delle, wie uns die Bundesregierung weismachen will, sondern Anzeichen für eine handfeste Krise.“ (*B.Z., 11. Juli*)

■ „Bisher waren alle Seiten darum bemüht, den Eindruck zu erwecken, dass sie die Lage trotz der allgemeinen Konjunkturschwäche unter Kontrolle hätten. Angesichts immer neuer negativer Revisionen der Wachstumsprognosen und der katastrophalen Entwicklung an den Aktienmärkten verflüchtigt sich der Glaube an diese Einschätzung allmählich.“ (*Welt, 12. Juli*)

■ „Schatten über dem Schönewetterkanzler“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Juni*)

■ „Inflation und Stagnation sind inzwischen Fakten; dass die Regierung ihr Ziel aufgab, die Lohn- Nebenkosten unter 40 Prozent zu drücken, ist so wahr wie erschreckend. Und wenn der Abschwung Schröder wie ein Bumerang trifft, erwischt es den Richtigen.“ (*NRZ, 22. Juni*)

■

Wirtschaftskompetenz: „Die ökonomische Kompetenz der rot-grünen Bundes- regierung erreicht mitunter die Stufe des Analphabetismus.“

Berliner Zeitung, 21. Juni

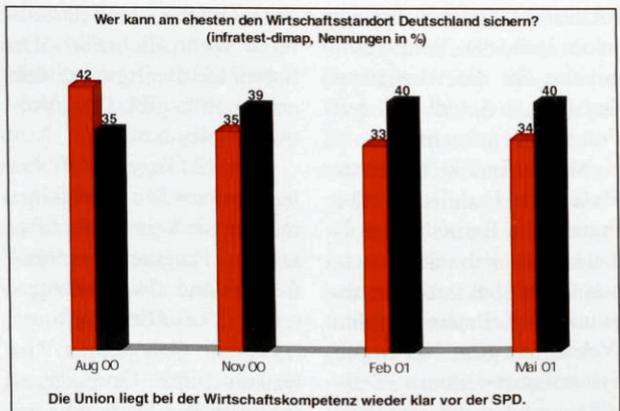
■ „Vorbei die Zeiten, da die Wirtschaft Gerhard Schröder als den großen Regenmacher feierte.“ (*Die Welt, 10. Juli*)

■ „Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hat Schröder ‚eklatante Unkenntnis über ökonomische Zusammenhänge‘ vorgeworfen.“ (*dpa, 10. Juli*)

■ „Es sind eben nicht nur die makro-ökonomischen Bedingungen, die unsere Wirtschaft beeinflussen, sondern auch hausgemachte Probleme.“ (*Kölner Stadt-Anzeiger, 11. Juli*)

■ „Ob Müllers Anti-Liberalisierungskurs, Riesters Betriebsverfassung oder Trittins Dosenpfand: die deutschen Bremser sind am Werk, unser Arbeitsmarkt wird weiter einbetoniert, die Regelungswut immer bizarrer. Das Ausland schüttelt nicht mehr nur den Kopf, es zeigt uns längst einen Vogel!“ (*Bild, 12. Juli*)

■ „Kanzler Schröder kann all seine Wahlversprechen – weniger Lohnzusatzkosten, mehr Wachstum, mehr Beschäftigung – in den Wind schreiben. Seine Regierung bedient Einzelinteressen – vorgestern Holzmann, gestern Autoindustrie, die Gewerkschaften, morgen die Umweltschützer. Mit einem Gemischtwarenladen aus Subventionen, Steuersenkungen, Abgabenerhöhungen, neuen Steuern ist eine Volkswirtschaft nicht auf Kurs zu halten.“ (*Die Rheinpfalz, 22. Juni*)



Siehe auch <http://www.cdu.de/infonet>

Vom Plenarsaal in die Kaserne: Angelika Volquartz in **Mürwik**

Als erste Bundestagsabgeordnete hat die Kielerin Angelika Volquartz an der 40. Informationswehrrübung der Marine teilgenommen. In der Zeit vom 10. bis 22. Juni tauschte sie den Plenarsaal des Bundestages gegen die Marineschule Mürwik/Flensburg.

Für Volquartz, auch Mitglied des Bundesvorstandes, war es sehr wichtig, dass bei der ersten Wehrrübung der Marine mit Frauenbeteiligung auch eine Politikerin vertreten war.

Diese Möglichkeit, sich einen Einblick bei der Teilstreitkraft zu verschaffen, wollte sie sich nicht entgehen lassen. Sie hofft, mit ihrer Teilnahme ein Zeichen für die Akzeptanz der Frauen in der Bundeswehr und umgekehrt für die Akzeptanz des Berufs Soldat bei den Frauen gesetzt zu haben.

Man befinde sich in einer Phase der Etablierung der Frauen im Berufsbild Soldat(in). Sie habe daher keinen Augenblick gezögert, als es um die Teilnahme an der Wehrrübung ging. Neben der Symbolkraft ihrer Teilnahme ging es ihr vor allem



auch darum, den eigenen Horizont zu erweitern. Auch wenn Volquartz während ihrer politischen Laufbahn engen Kontakt zur Bundeswehr hatte, kannte sie das eigentliche „Berufsleben“ in der Truppe nicht: „Dazu muss man selbst einmal *strammgestanden* haben.“

Ihre männlichen Kollegen haben da größtenteils einiges voraus. Sie kennen das Soldatenleben vielfach aus ihrer Wehrpflichtzeit. „Da habe ich jetzt ein gutes Stück aufgeholt“, gibt sich Volquartz selbstbewusst.

Die 13 Tage als Oberleutnant zur See (vorläufig) möchte sie keinesfalls missen. Das Programm war umfassend und abwechslungsreich. Vor allem gab es reichlich Gelegenheit, in Einzel- und Gruppengesprächen die Stimmung in

den Mannschaften zu erfahren. Und das in der Konstellation von Soldat zu Soldat.

Ein großes Ereignis war das feierliche Gelöbnis. Volquartz: „Nie im Leben hätte ich geglaubt, an dieser ganz besonderen Zeremonie als Soldat teilzunehmen. Man empfindet eine ganz besondere Verpflichtung gegenüber unserem Staat.“

Gemeinsam mit ihren 26 Mitstreiterinnen und Mitstreitern hatte sie anspruchsvolle Übungen zu absolvieren. Neben Aufenthalten in den unterschiedlichen Flottilen der See- und Luftstreitkräfte gehörten auch Unterrichtungen wie etwa zur Konzeption und Planung der Marine in diesem neuen Jahrtausend zum Wehrrübungsfahrplan. Deutlich wurden in diesen Unterrichtungen auch die teilweisen Mängel in der Ausstattung sowie die Sorgen beim Nachwuchs. Ca. 20% des Personals werden zwischenzeitlich von Frauen gestellt, und damit wird deutlich, dass es ohne eine Beteiligung von Frauen noch größere Personalprobleme geben würde. **UD**

VOLKER RÜHE:

Beim Bundeswehretat ist der Einstieg in die finanzielle **Kehrtwende** nötig

Zu den Bedingungen für eine Zustimmung zum Mazedonien-Einsatz erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Wenn eine Entscheidung über einen möglichen Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien getroffen werden muss, wird sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion daran orientieren, ob folgende drei Bedingungen gleichermaßen erfüllt sind:

- Für eine deutsche Beteiligung an einem NATO-Einsatz in Mazedonien müssen klare politische Rahmenbedingungen vorliegen. Denn Soldaten können den Frieden nicht erzwingen, wie es sich im Kosovo zeigt. Das gilt insbesondere für die Frage, welcher politische Prozess vorgesehen ist, durch den das Land dauerhaft befriedet und darauf aufbauend die – bereits vor Ausbruch des Konflikt vorgesehene – Heranführung an die europäischen Strukturen begonnen werden kann. Wie soll insbesondere das Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen künftig aussehen und wie wird eine



Vereinbarung über größere Rechte der albanischen Bevölkerung in Staat und Gesellschaft in der Praxis sichergestellt?

- Unsere Soldaten brauchen eine klar umrissene Aufgabe auf der Grundlage eines – wie die Bundesregierung sagt – „ehrlichen Mandats“. Was soll infolge einer politischen Vereinbarung zwischen den mazedonischen Parteien die Aufgabe der NATO sein? Wie weit trägt die NATO Mitverantwortung dafür, dass diese durch Vermittlung von EU und NATO zustande gekommene Vereinbarung nachhaltig umgesetzt wird? Welchen Beitrag sollen deutsche Soldaten über welchen Zeitraum leisten?

- Voraussetzung für eine Beteiligung der Bundeswehr ist die Sicherstellung

ihrer Durchhaltefähigkeit. Der Generalinspekteur der Bundeswehr ist der Kronzeuge dafür, dass der von der Bundesregierung für notwendig gehaltene robuste Einsatz in Mazedonien derzeit die Möglichkeiten der Bundeswehr aufgrund ihrer drastischen Unterfinanzierung übersteigen würde. Er hat ganz nüchtern und verantwortungsbewusst öffentlich zu Protokoll gegeben, dass die „Bundeswehr auf dem Zahnfleisch geht“ und dass deshalb „ihre Durchhaltefähigkeit für einen weiteren Auslandseinsatz nicht gegeben“ ist.

Wenn also die Bundesregierung die Bundeswehr in einen weiteren Auslandseinsatz schicken will, muss sie unsere Streitkräfte finanziell deutlich besser ausstatten. Es geht nicht nur darum, der Bundeswehr für einen zusätzlichen Einsatz etwas mehr Geld zu geben. Was wir brauchen, ist ein Einstieg in eine finanzielle Kehrtwende, damit die Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr für solche Einsätze gestärkt und sie wieder bündnisfähig wird.

Neue Regelungen nützen **in erster Linie** Familien mit höherem Einkommen

Zur Verabschiedung des Zweiten Gesetzes zur Familienförderung erklärten die Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Maria Böhmer, die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Maria Eichhorn, und die zuständige Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagfraktion, Ilse Falk:

Gegen eine dringend notwendige Erhöhung des Kindergeldes kann man nicht sein. Wer möchte nicht 30 Mark mehr fürs 1. und 2. Kind? Aber: Die Zustimmung der CDU/CSU zum Familienförderungsgesetz, das diesen Namen nicht verdient, erfolgt unter Protest. Nur zum Wohle der Familien sagen wir „ja“. Das „Aber“ werden wir der Bundesregierung ins Stammbuch und ins Soll der familienpolitischen Bilanz schreiben.

So trifft die ausbleibende Erhöhung des Kindergeldes für dritte und weitere Kinder gerade diejenigen Eltern am stärksten, die im besonderen Maße sozialhilfgefährdet sind. Unter minimalster Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsge-

richts benachteiligt die Bundesregierung Familien mit 3 und mehr Kindern – hochgelobt für ihre gesellschaftlich wertvolle Erziehungsleistung, werden sie einfach ignoriert. Gerade hier hätte die Schröder-Regierung zeigen können, was ihr Kinder wert sind.



M. Böhmer



M. Eichhorn



I. Falk

Ungleichbehandlung ist Zeichen der Geringschätzung

Die neuen Regelungen nützen in erster Linie Familien mit höherem Einkommen. Geringverdiener gehen weitgehend leer aus. Die Ungleichbehandlung von Geringverdienerfamilien mit zwei berufstätigen Eltern und Alleinerziehenden ist ein Zeichen der Geringschätzung. So erreicht die Erhöhung des Kindergeldes mehr als 30 % der Alleinerziehenden überhaupt nicht, weil dies mit der Sozialhilfe verrechnet wird.

Wir fordern die Bundesregierung auf, den Haushaltsfreibetrag auf Diskri-

minierungstatbestände zu überprüfen, die vor allem die Alleinerziehenden und die Familien mit Kindern erheblich benachteiligen.

Die Streichung der Absetzbarkeit von hauswirtschaftlichen Beschäftigungsverhältnissen ist ein Förderprogramm für Schwarzarbeit. Fast 40.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in privaten Haushalten haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Sie werden künftig wieder in die Schwarzarbeit getrieben, zahlen keine Sozialversicherungsbeiträge mehr und nehmen darüber hinaus Sozialleistungen in Anspruch. Was hier an der einen Seite eingespart werden soll, wird auf der anderen Seite doppelt bezahlt. Statt eine höhere Förderung anzustreben, wird lediglich umverteilt. Hier wird ein arbeits- und familienpolitisches Instrument zerstört, das vielmehr ausgebaut werden müsste.

DIETRICH AUSTERMANN:

Bund vor Haushaltsdefizit in Milliardenhöhe

**Zur neuerlichen Wachs-
tumskorrektur durch
das Deutsche Institut für
Wirtschaftsforschung
(DIW) erklärte der haus-
haltspolitische Sprecher
der CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion:**

Nach der enormen Zu-
nahme der Steuereinnah-
men seit 1998 von 341,5
Mrd. DM auf 388,8 Mrd.
DM in 2000 ist nach der
jüngsten Steuerschätzung
für dieses Jahr mit einem
Betrag von 384,5 Mrd. DM
gerechnet worden. Inzwi-
schen haben falsche Steuer-,
Abgaben-, Arbeitsmarkt-
und Energiepolitik zu hoher
Inflationsrate und niedri-
gem Wachstum geführt.
Die jüngsten Prognosen des
IWF und der Wirtschaftsfors-
chungsinstitute in Ber-
lin, Hamburg und Kiel deu-
ten auf eine ausgespro-
chene Schrumpfkur der
Wirtschaft und eine langan-
haltende Schwächephase
hin. Dies bedeutet erhebliche
Mindereinnahmen bei
den Steuern und Mehraus-
gaben für Soziales und Ar-
beitsmarkt. Der Bundesfi-
nanzminister, der für das

laufende Jahr 2,7 Prozent
Wachstum unterstellt hat,
muss bei höchstens einem
Prozent Wachstum seine
Erwartungen erheblich kor-
rigieren.

Fehlbeträge durch Fehlkalkulation

Gleiches gilt auf der Basis
des Jahres 2001 für das kom-
mende Jahr, in dem die Steu-
ern weiter steigen sollten
(399,4 Mrd. DM). Der Fehl-
betrag dürfte sich auf einen
2-stelligen Milliardenbetrag
für Bund, Länder und Ge-
meinden summieren.

Fehlbeträge ergeben sich
aber auch durch Fehlkalku-
lationen im Haushaltsent-
wurf 2002. Dort war eine
andere Verteilung der Bel-
astungen für die beschei-
denen Mehrleistungen an
Familien mit bis zu zwei
Kindern zwischen Bund
und Ländern vorgesehen,
als im Kanzlergespräch
den Ministerpräsidenten
zugesagt war. Hier muss
Eichel nachlegen, es fehlen
in der Summe über 2 Milli-
arden Mark.

Bürgerbeteiligung

■ Modernisierung des Da-
tenschutzrechts ■ Ver-
schlüsselung im Netz ■
Pseudonyme im Internet: Mit
diesen 3 Themen hat am 5.
Juli der Bundestag das über-
parteiliche Projekt „e@De-
mokratie“ der Öffentlichkeit
vorgestellt. Auf der home-
page [www.elektronische-
demokratie.de](http://www.elektronische-demokratie.de) können Bür-
gerinnen und Bürger Gesetz-
entwürfe, Stellungnahmen
der Parteien, Verbände und
sonstiger Interessengruppen
nachlesen und den Prozess
der Gesetzgebung begleiten.
Martina Krogmann, Inter-
net-Beauftragte der CDU/
CSU hat das Projekt begrüßt:
„Ich hoffe, dass es der Parti-
zipation der Bürger am de-
mokratischen Meinungsbil-
dungsprozess einen neuen
Weg eröffnet.“

Effizient machen

■ Die Präsidentin des Bun-
desrechnungshofs und Be-
auftragte für Wirtschaftlich-
keit, Hedda von Wedel, hat
ihren Bericht über die „Orga-
nisation des gesundheitlichen
Verbraucherschutzes“ veröf-
fentlicht. Resultat: Die Bun-
desregierung hat bei der Neu-
gestaltung des alten Land-
wirtschaftsministeriums ver-
säumt, effiziente Entschei-
dungsstrukturen zu schaffen.
Der stellv. Vorsitzende
Klaus Lippold und der agrar-

politische Sprecher der CDU/CSU, **Heinrich-Wilhelm Ronsöhr**, sehen die Auffassungen, die sie bereits im Januar vertreten haben, bestätigt, insbesondere ihre Forderung, das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV) als nachgeordnete Bundesbehörde auszugestalten: „Wir brauchen kurze Entscheidungswege oder Schnellboote statt Tanker.“

Unverantwortlich

■ Um 6,4 Prozent ist 1999 die Zahl der Verkehrsunfälle in Deutschland gestiegen. Insgesamt: 520.974 zum Teil schwer Verletzte. Volkswirtschaftlicher Schaden: über 70 Mrd. Mark jährlich. So steht es im Unfallverhütungsbericht 1999, der ersten vollständigen Jahresbilanz der angeblich neuen Verkehrssicherheitspolitik der rot-grünen Bundesregierung. **Wolfgang Börnsen**, Berichterstatter der CDU/CSU für Verkehrssicherheit: „Angesichts dieser Zahlen ist es unverantwortlich, wenn der Etat für Prävention und Vermeidung von Verkehrskonflikten gegenüber dem Berichtsjahr um 8 Mio. Mark gekürzt wird.“

ANGELA MERKEL:

Die CDU ist Hannelore Kohl zu großem Dank verpflichtet



Schatten unseres Lebens steht. Mit ihrem sozialen Engagement hat sich Hannelore Kohl um unser Land verdient gemacht.

Eine großartige Botschafterin

Ich habe Hannelore Kohl als eine mutige, selbstbewusste, nicht selten auch sehr humorvolle Frau kennen gelernt. Hannelore Kohl hat sich mit ihrem wunderbaren Engagement als Präsidentin des Kuratoriums ZNS für Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems für eine Gruppe von Menschen eingesetzt, die nicht selten im

Auch die CDU ist Hannelore Kohl zu großem Dank verpflichtet. Sie stand Helmut Kohl in allen Phasen seines politischen Lebens zur Seite und war damit auch eine großartige Botschafterin der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Mein tiefes Mitgefühl gilt Helmut Kohl und seiner ganzen Familie.

Weit über 4000 Bürgerinnen und Bürger haben ihre Bekundung von Mitgefühl und Trauer um Hannelore Kohl in das Kondolenzbuch geschrieben, das fünf Tage lang im Foyer des Konrad-Adenauer-Hauses auslag. Mehr als 900 Menschen haben sich auf den Internet-Seiten der CDU eingetragen und die Lebensleistung der Verstorbenen gewürdigt.

KEINE SPD-MEHRHEIT

hat der Berliner Regierungswechsel Rot-Grün im Bundesrat gebracht. Berlin gehört seit Bildung des Übergangssenats dem so genannten linken Block an. Vorher war es zusammen mit Bremen, Brandenburg und Rheinland-Pfalz Teil des neutralen Blocks. Der linke Block hat jetzt 30 Stimmen, die Mehrheit im Bundesrat liegt bei 35. Der neutrale Block ist von 15 auf 11 geschrumpft.

FAIRER WETTBEWERB

ist das Ziel einer Initiative des Landes Hessen, wonach die Deutsche Post AG ihr Briefmonopol nicht bis 2007 behalten soll. Ministerpräsident Roland Koch weist darauf hin, dass Zehntausende von Arbeitsplätzen geschaffen werden könnten, wenn künftig nicht mehr mit überhöhten Portokosten die falsche Politik des „Abschwungkanzlers“ bezahlt werden müsste.

70 JAHRE LANG haben die Regelungen gegolten, nach denen in Deutschland Preisnachlässe nur in Höhe von 3% des Kaufpreises erlaubt waren. Jetzt hat der Bundesrat sie ersatzlos gestrichen: das Rabattgesetz und die so genannte Zugabeverordnung, nach der Kun-

Erinnerung an den 13. August

Am Sonntag, **12. August**, wird in der Friedrichstraße vor dem ehemaligen Grenzübergangspunkt **Checkpoint Charly** eine **Kundgebung** der CDU und CSU zum Gedenken an den **40. Jahrestag** des Mauerbaus in Berlin stattfinden. Um 12.00 Uhr geht der Kundgebung ein ökumenischer Gottesdienst in der St. Bonifatiuskirche in Berlin-Kreuzberg voraus. ■ **Wichtiger Hinweis** für diejenigen, die mit einem öffentlichen Verkehrsmittel kommen wollen: Steigen Sie an der U-Bahn-Station „Stadtmitte“ aus. Zum Gottesdienst kommen Sie am besten ebenfalls mit der U-Bahn. Ausstieg: Mehringdamm. Teilnehmer, die mit Bussen anreisen, werden gebeten, im Bereich der Schützenstraße/Ecke Friedrichstraße auszusteigen. Abfährt der Busse nach der Kundgebung: in der Zimmerstraße.

den beim Kauf einer Ware nur Geschenke von geringem Wert hinzugegeben werden durften. Ab sofort kann an den Ladentheken gefeilscht werden.

AUF BREITER FRONT

nutzt der Handel die Euro-Umstellung für Preiserhöhungen. Das hat das Institut für angewandte Verbraucherforschung nach Untersuchung von bundesweit 1000 Artikeln festgestellt. Durchschnittliche Verteuerung insbesondere bei Lebensmitteln: 4,4 Prozent.

„SCHLAFMÜNZEN“

heißen im Fachjargon die D-Mark- und Pfennigmünzen, die in Strümpfen, Sparschweinen, Flaschen und

Schubladen schlummern. Mit einer Werbekampagne hat die Bundesbank die Schläfer wachgerüttelt. Münzen im Wert von 4,5 Milliarden Mark wurden daraufhin bereits eingezahlt. Bis zur endgültigen Euro-Umstellung Ende des Jahres müssen noch ungefähr sieben Milliarden Mark-, Groschen- und Pfennigstücke eingesammelt werden.

VERLUSTE in Milliardenhöhe sind nach einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers fast Dreiviertel aller größeren deutschen Unternehmen durch Wirtschaftskriminalität entstanden. Häufigstes Delikt: Unterschlagung (75%). **UD**

ANGELA MERKEL UND ERIKA STEINBACH:

Der 5. August soll **Gedenktag** für die Opfer der Vertreibung werden

**Nach einem Gedanken-
austausch des Präsidiums
der CDU und des Präsi-
diums des Bundes der Ver-
triebenen (BdV) erklärten
die Parteivorsitzende und
die Präsidentin des BdV:**

Das Gespräch fand in einer vertrauensvollen und konstruktiven Atmosphäre statt. Die CDU unterstützt die Forderungen des Bundes der Vertriebenen in den wesentlichen Punkten. Alle Beteiligten sind sich der Chancen, die die EU-Osterweiterung für die aus der Vertreibung herrührenden Fragen bietet, bewusst und wollen den Prozess auch dahingehend mitgestalten. Die Einfügung eines Rechts auf die Heimat sowie eine Schutzbestimmung für ethnische, nationale und sprachliche Minderheiten in die geplante EU-Grundrechtscharta sind hierfür notwendige Schritte. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat hierzu bereits einen Beitrag geleistet.

Die Bundesrepublik Deutschland hat eine historische und rechtliche Verantwortung gegenüber deutschen Spätaussiedlern, aus

diesem Grund dürfen die aktuellen Überlegungen zur Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung nicht zu neuen Härten für Spätaussiedler führen.

Der BdV und das Präsidium der CDU sind sich einig, dass in die Förderung der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz – entgegen der bisherigen Praxis auf Bundesebene – auch die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Verbände originär einzubeziehen sind.

Zentrum in Berlin

Die CDU unterstützt die Initiative des BdV, ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin zu errichten. Es soll neben einer Dauerausstellung über die Vertreibung der Deutschen auch Wechselausstellungen über andere Vertreibungsverbrechen darbieten.

Darüber hinaus teilt die CDU die Forderung des BdV, den 5. August alljährlich als nationalen Gedenktag für die deutschen Opfer



von Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit zu begehen. Am 5. August 1950 wurde die Charta der Heimatvertriebenen unterzeichnet. Damit haben die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung die Vision eines vereinten Europas proklamiert und Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als ihre Grundwerte festgelegt. Aus diesem Grunde ist dieser Tag geeignet, im Gedenken an das Schicksal der Heimatvertriebenen den Blick in eine vereinte europäische Zukunft zu richten.

Die Präsidien von BdV und CDU wollen den vertrauensvollen konstruktiven Dialog fortsetzen und mit gemeinsamen Initiativen gegen Unrecht, Vertreibung und Gewalt ein Zeichen für die weitere Entwicklung Europas setzen.

CDU ZUM PDS-PROGRAMM:

Grundsteinlegung für **Rot-Rot**. Diese Wiedervereinigung war nicht gewollt

Mit der Verabschiedung ihres Wahlprogramms hat die PDS am Wochenende den Grundstein für die offenbar seit längerem geplante rot-rote Koalition in Berlin gelegt.

Generalsekretär der Berliner CDU, Ingo Schmitt: „In grundsätzlichen und ordnungspolitischen Fragen besteht inzwischen ein erstaunliches Maß an linker Übereinstimmung. Beide Programme sind im Ergebnis die weitgehend inhaltsleere Basis eines linken Abriss-Bündnisses für die deutsche Hauptstadt.“

Es wächst offenbar zusammen, was zusammen gehört

Ingo Schmitt weiter: „Zwei Landesparteiitage, ein Veranstaltungsort und ein in den meisten Punkten identisches Programm. Schräg gegenüber dem historischen Ort, wo sich einst SPD und KPD zur SED vereinigten, wächst offenbar zusammen, was seit dem Marsch der Alt-68er durch die sozialdemokratischen

21. OKTOBER. Auf diesen Termin für die vorgezogenen Neuwahlen haben sich die Berliner Parteien geeinigt. Die CDU hat sich damit gegenüber SPD und Grünen durchgesetzt, die ursprünglich wollten, dass bereits am 23. September gewählt wird.

Parteistrukturen zusammen gehört. Diese Form der Wiedervereinigung haben weder die Berliner noch die Deutschen in Ost und West gewollt.“

In für die Stadt wesentlichen Zukunftsfragen sei die PDS jedoch nach wie vor unfähig, den Weg für Lösungen frei zu machen. Die Ablehnung des internationalen Großflughafens sei geradezu ignorant und ein erhebliches Risiko für Wirtschaft

und Arbeitsplätze. Das gleiche gelte für die Verweigerungshaltung bei der künftigen City-Bebauung.

Linkes Machtbewußtsein reicht nicht

„Ideologische Nähe und linkes Machtbewußtsein allein reichen nicht, um eine Stadt wie Berlin in die Zukunft zu führen,“ so Ingo Schmitt.



Schüler wählen Angela Merkel zu ihrer **Lieblingsspolitikerin**

Stürmischen Beifall erhielt die Parteivorsitzende Angela Merkel bei ihrer Ankunft in der Gottfried-Röhl-Grundschule im Berliner Stadtteil Wedding. Endlich war es soweit: Am 20. Juni konnten die Kinder ihrer Lieblingspolitikerin den „Goldenen Fritz“ persönlich überreichen.

Bereits am 25. März wurde in Gera aus Anlass der Oscar-Verleihung in Los Angeles/USA erstmals der Award für Kinder „Der Goldene Fritz“ ausgelobt. Initiator dieser Preisverleihung war der deutsche Kinder-TV-Sender Fox Kids GmbH aus München. Zuvor wurden in Kooperation mit dem Print-Medium „TV neu“ und Tageszeitungen 12 reale und 12 virtuelle Stars



aus den Bereichen Musik, Sport, Politik und der Welt des Zeichentricks nominiert. Via Internet entschieden sich mehr als 100.000 Kinder dafür, Angela Merkel zu ihrem Liebling unter den Politikern zu wählen. Und das mit großem Abstand vor Gerhard Schröder, Joschka Fischer und Guido Westerwelle.

Da Angela Merkel den „Goldenen Fritz“ in Gera

nicht persönlich entgegennehmen konnte, fand die Preisübergabe jetzt anlässlich der Gründung des Fox Kids Schulbeirats in der Gottfried-Röhl-Grundschule statt. In diesem Rahmen wurde die Schule mit PC, TV, d-Box und Scanner ausgestattet, damit die Kinder lernen, (inter-)aktiv an der Programm- und Internetgestaltung von Fox Kids teilzunehmen.



Internet: das Tor zur modernen Welt

Nach einem knapp einstündigen von den Kindern dargebotenen Rahmenprogramm mit Musik, Gesang und Tanz bedankte sich Angela Merkel für ihre

Die Union steht fest an der Seite der **Aussiedler**

Vom 27. bis 29. Mai hat die Konrad-Adenauer-Stiftung im Bildungszentrum Schloss Wendgräben erneut eine fachtagung zu aktuellen Aufgaben bei der Aussiedler-Integration veranstaltet.

Leitung: Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., und Werner Blumenthal, Leiter des Bildungszentrums Eichholz. Die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der praktischen Integrationsarbeit vor Ort haben mit Experten aus Politik, Kirche und Landsmannschaften diskutiert.

Eva-Maria Kors, Aussiedlerbeauftragte der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, berichtete über die Zuwanderungsbeschlüsse der Union

und stellte fest: Aussiedlern dürfen keine Sonderopfer zugemutet werden. Die Union steht fest an der Seite der Aussiedler! Eva-Maria Kors hatte die Deut-

schsen in Kasachstan besucht und schilderte deren sehr schwere Lebenssituation.

Oberkirchenrat Wild von der Evangelischen Kirche in Deutschland sprach zur kirchlichen Arbeit mit Aussiedlern und kündigte einen besonderen ökumenischen Gottesdienst aus Anlass der Vertreibung der Deutschen in Russland durch Stalin im August vor 60 Jahren an. In diesem Gottesdienst soll an den Leidensweg der Russland-Deutschen gedacht werden.



Andreas Maurer, Badbergen, CDU-Kreistagskandidat, konnte berichten, dass sich Aussiedler bereit erklärten, bei den anstehenden Kommunalwahlen in Niedersachsen zu kandidieren.

Klaus Schuck, Hauptgeschäftsführer der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der Union (OMV) bot Unterstützung an. Dr. Bechert von den Russland-Deutschen sprach über die PR-Arbeit.

Die nächste Fachtagung findet von 23. – 25. September in Eichholz statt.

Wahl zur beliebtesten Politikerin. Gleichzeitig betonte Angela Merkel gegenüber den Schülern, dass das Internet nicht „per se“ gut ist, sondern dass vielmehr erst der bewusste Umgang mit dem Internet

dieses Medium zu einem unerlässlichen Hilfsmittel in der modernen Welt werden lässt, um in der Flut von Daten und Angeboten Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden.

Die Kinder der Gottfried-

Röhl-Grundschule waren jedenfalls begeistert, dass sie „ihre“ Lieblingsspolitikerin einmal ganz aus der Nähe sehen konnten, und die Mädchen fanden es einfach „cool, dass eine Frau eine so große Partei anführt.“ **UD**

Werden Sie Mitglied im **Freundeskreis** der Konrad-Adenauer-Stiftung!

Teilnehmer ihrer Bildungsveranstaltungen, Altstipendiaten und Kooperationspartner, aber auch Unternehmen und Institutionen haben Anfang Juli Post von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin erhalten.

Deren neuer Vorsitzender seit März, der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel, lädt „herzlich“ dazu ein, dem Freundeskreis beizutreten, den Förderer der Stiftung Ende vorletzten Jahres gegründet haben.

„Wir brauchen Ihre Hilfe und Unterstützung“, schreibt Vogel, und er verweist auf die Fülle der Aufgaben der Stiftung und die in den letzten Jahren noch größer gewordenen Herausforderungen, denen sie sich stellt:

- In über 80 Ländern der Erde fördert die Stiftung den internationalen Dialog und trägt damit entscheidend zur Demokratieförderung und Friedenssicherung bei.
- Osteuropa ist zu einem neuen Schwerpunkt der Arbeit geworden.
- Angesichts von Rechtsradikalismus und struktureller Probleme hat die Stiftung ihr



Engagement in den neuen Bundesländern ausgebaut.

■ Für die jugendpolitische Bildungsarbeit – auch durch die Förderung begabter und sozial engagierter junger Menschen – wirbt Bernhard Vogel.

■ Schließlich geht es auch um die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft.

Alles Aufgaben, die Förderung durch private Mittel verdienen, zumal die finanziellen Zuwendungen der öffentlichen Hand rückläufig sind.

Förderer im Freundeskreis der Stiftung haben etwas von ihrer Mitgliedschaft, nämlich eine Reihe – zum Teil sogar exklusiver – Privilegien:

- Sie erhalten mit dem regelmäßig erscheinenden „Freundesbrief“ aktuelle Informationen über besonders interessante Kongresse, Seminare, Workshops und Projekte.
- Auf Wunsch erhalten sie

individuell aufbereitetes Informationsmaterial zu innen-, außen und stiftungspolitischen Themen.

■ Sie haben die Möglichkeit, bei größeren Veranstaltungen über einen speziellen meeting point mit anderen Förderern Kontakt aufzunehmen.



■ Sie sind gern gesehene Gäste bei Konzerten, Lesungen, Ausstellungen und anderen kulturellen Veranstaltungen der Konrad-Adenauer Stiftung.

[http://](http://www.kas.de)
Wichtigen vom Förderkreis unter: www.kas.de

KREISVERBAND GIESSEN

Im CDU-Kreisverband Gießen ist zum 1. September 2001 oder später die Stelle des/der

Kreisgeschäftsführers/ Kreisgeschäftsführerin

neu zu besetzen. Dem KV gehören ca. 2200 Mitglieder an, die in 18 Stadt- und Gemeindeverbänden organisiert sind. In der Kreisgeschäftsstelle sind neben dem Kreisgeschäftsführer / der Kreisgeschäftsführerin weitere 4 Mitarbeiter (Teil- und Vollzeitkräfte beschäftigt). Die Kreisgeschäftsstelle liegt in der Universitätsstadt Gießen.

■ **Ihre Aufgaben:** Als Geschäftsführer/in sind Sie wichtiger Ansprechpartner/ wichtige Ansprechpartnerin für alle Mandatsträger, Mitglieder und politisch interessierte Bürger. Sie arbeiten eng mit dem Kreisvorstand zusammen und übernehmen die Organisation und Durchführung von Wahlkämpfen, Parteitage und anderen Parteiveranstaltungen. Zu ihrem Aufgabenbereich gehört außerdem die Öffentlichkeitsarbeit. Die Führung der Ihnen unterstellten Mitarbeiter rundet das Aufgabengebiet ab.

■ **Ihr Profil:** Idealerweise verfügen sie über eine abge-

schlossene qualifizierte Berufsausbildung oder ein abgeschlossenes Hochschulstudium und/oder längere Berufserfahrung in ähnlicher Position. Ihr organisatorisches und kommunikatives Geschick haben Sie bereits bei Ihrer derzeitigen Tätigkeit bzw. im Rahmen Ihres ehrenamtlichen parteipolitischen Engagements beweisen können. Initiative, Flexibilität, Durchsetzungsvermögen und Belastbarkeit zeichnen Sie ebenso aus wie Sensibilität im Umgang mit den unterschiedlichen Parteigremien und den Vertretern der Presse. Ihr Auftreten und Ihre Wirkung auf andere entspricht der besonderen Bedeutung der ausgeschriebenen Position. Sie sind bereit, sich auch außerhalb der normalen Arbeitszeiten zu engagieren. Es ist selbstverständlich, dass sie die Grundsätze und Leitlinien christdemokratischer Politik vertreten und spätestens mit Übernahme der Position auch Mitglied der CDU werden.

Ihre kompletten Unterlagen schicken Sie bitte unter Nennung Ihrer Gehaltsvorstellung bis spätestens 20. August 2001 an den:

**Kreisvorsitzenden
Staatsminister,
Volker Bouffier MdL,
CDU-Kreisverband
Gießen, Spenerweg 8,
35394 Gießen.**

JUNGE UNION NIEDERSACHSEN

Die Junge Union Niedersachsen sucht zum 1. Oktober 2001 für die Landesgeschäftsstelle in Hannover eine/einen

Landesgeschäftsführer/in

Aufgaben: ■ Beratung und Betreuung der Gremien der Jungen Union Niedersachsen ■ Finanzverwaltung ■ Vorbereitung und Durchführung von Seminaren und Konferenzen ■ Ausarbeitungen und Materialsammlungen ■ Öffentlichkeitsarbeit

Anforderungen: ■ abgeschlossenes Hochschul-/ Fachhochschulstudium oder kaufmännische Berufsausbildung ■ gutes Organisationstalent ■ möglichst Erfahrung in der Verbandsarbeit der Jungen Union ■ sicherer Umgang mit PC (Word, Excel, Access, Internet, E-Mail) ■ Höchstalter 35 Jahre.

Schriftliche Bewerbungen sind ausschließlich der üblichen Unterlagen und Gehaltsvorstellungen bis zum 9. August 2001 an die Junge Union Niedersachsen, z. Hd. Oliver Schulze, Böttcherstr. 7, 30419 Hannover, zu richten.

Der EURO kommt!

Mit dem neuen Malbuch können Kinder den EURO spielerisch kennenlernen.

Auf 12 Seiten sind alle Länder abgebildet, die mit Jahresbeginn 2002 den EURO einführen.



Euro-Malbuch DIN A5

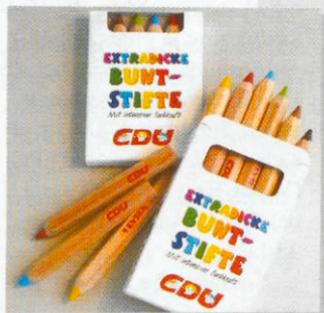
Bestell-Nr. 9744

Preis je 25 Expl.: 22,00 DM
(11,25 EURO)



Rückseite

Gleich mitbestellen!



Die CDU-Buntstifte mit intensiver Farbkraft

Bruch-, Wisch- und Wasserfest
mit jeweils 6 Buntstiften

Bestell-Nr. 9250

Preis je 10 Schachteln: 34,00 DM
(17,38 EURO)

Reflektoren „bunter Mix“

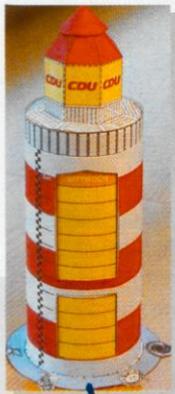
Bestell-Nr. 9558

Preis je 30 Expl.: 36,90 DM
(18,87 EURO)

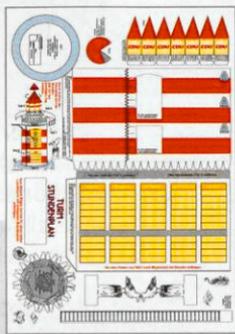


Schon jetzt an den Schulanfang denken!

Für Kinder die gerne basteln –
der neue und wunderschöne Leuchtturm-Stundenplan.
Da macht doch Schule richtig Spaß!



New!



Bastelbogen DIN A3

Bestell-Nr.: 9745

Preis je 25 Expl.: 20,00 DM
(10,23 EURO)

Plakat „Schule hat begonnen – Fahren Sie vorsichtig“! DIN A1

Bestell-Nr.: 7679

Preis je 50 Expl.: 52,00 DM
(26,59 EURO)



**schützen WIR,
WAS UNS AM
WICHTIGSTEN IST.**

Schule hat begonnen: Fahren Sie bitte vorsichtig!



CDU
mitten im Leben.



Minischultüte

Inhalt: 4 Buntstifte, Radiergummi,
Bleistift und CDU-Vitaminbonbons

Bestell-Nr. 9657

Preis je 10 Expl. 30,00 DM
(15,34 EURO)

Stundenplan

Bestell-Nr.: 9258

Preis je 250 Expl.:
20,00 DM (10,23 EURO)

Dieser Stundenplan gehört:

Uhrzeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag

Ich bin in Klasse ... und meine Klassenlehrerin / mein Klassenlehrer heißt ...
 Meine Telefonnummer ist ...
 Meine Schule hat die Telefonnummer ...
 Mein Schulbus fährt um ... Uhr

Für ein Familiensommerfest mit der CDU



CDU-Sonnenschirm

Bestell-Nr. **0458**
 Durchmesser 180 cm
 1 Expl. 75,00 DM
 (38,35 EURO)

CDU-Stehtisch

Bestell-Nr. **0348**
 Höhe ca. 110 cm
 Durchmesser 85 cm
 1 Expl. 98,00 DM
 (50,11 EURO)



Postkarte:

„ausnahmsweise mal was
Schönes in rot-grün“

Bestell-Nr.: **9618**
 Preis je 250 Expl.: 35,00 DM
 (17,90 EURO)

Füllständer

Bestell-Nr. **0459**
 1 Expl. 12,80 DM
 (6,54 EURO)



Notizblock

Bestell-Nr.: **9547**
 Je 200 Expl.: 48,00 DM
 (24,54 EURO)



CDU-Kugelschreiber

Bestell-Nr. **9102**
 100 St.: 36,00 DM
 (18,41 EURO)



CDU-Papierfähnchen

Bestell-Nr. **9426**
 1000 St.: 110,00 DM
 (56,24 EURO)



CDU-Feuerzeug

Bestell-Nr. **9506**
 25 St.: 23,75 DM
 (12,14 EURO)

Einkaufswagen-Chip

Bestell-Nr.: **9070**
 100 Expl.: 50,00 DM
 (25,56 EURO)

BESTELL-ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum
 Postfach 1465
 59306 Ennigerloh
 Telefax 02524/911310
 e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Gerüstet für den Sommer mit der CDU



CDU-Beach-Volleyball

Bestell-Nr.: **9158**
Preis je Ball: 21,60 DM
(11,04 EURO)



CDU-Wasserball

Bestell-Nr.: **9778**
Preis je 10 Expl.: 20,00 DM
(10,23 EURO)



Baseball-Cap

Bestell-Nr.: 9656
Preis je Expl.: 9,00 DM
(4,60 EURO)



CDU-Strandtuch

Größe 0,70 x 1,40 m
Bestell-Nr.: **9458**
Preis je Expl.: 19,90 DM
(10,17 EURO)



CDU-Seemanns-rucksack

Verpackungs-
einheit: 1 Expl.
Preis je Expl. 34,00
DM (17,38 EURO)
Bestell-Nr. **9661**
(blau)
Bestell-Nr. **9662**
(gelb)



Wasserspritz- tierchen

Bestell-Nr.: **9559**
30 Stück: 29,95 DM
(15,31 EURO)



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

**Vorrang FÜR FAMILIEN -
FREIRÄUME FÜR DAS LEBEN.**

**Broschüre „Vorrang für
Familien – Freiräume für
das Leben“**

Bestell-Nr. **2750**
50 Expl. 31,00 DM
(15,85 EURO)



CDU